OÖ. LANDESVERWALTUNGSGERICHT

4021 Linz / Volksgartenstraße 14
Telefon: +43 732 7075-18004
Fax: +43 732 7075-218018
E-Mail: post@lvwg-ooe.gv.at / www.lvwg-ooe.gv.at

Geschäftszeichen:
LVwG-652962/11/SE

Datum:
Linz, 8. Jänner 2024

Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich fasst durch seine Richterin Mag. Ellmer hinsichtlich des Erkenntnisses des Landesverwaltungsgerichts Oberösterreich vom 27. Dezember 2023, GZ: LVwG-652962/9/SE, betreffend Abweisung des Antrages auf (Wieder)Erteilung der Lenkberechtigung den

B E S C H L U S S

I. Das Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichts Oberösterreich vom 27. Dezember 2023, GZ: LVwG-652962/9/SE, wird dahingehend berichtigt, dass die in Spruchpunkt I.2. angeführte Frist auf „12. Dezember 2024“ berichtigt wird.

II. Gegen diese Entscheidung ist eine Revision unzulässig.

E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e

I. Sachverhalt:

Mit Erkenntnis des Landesverwaltungsgerichts Oberösterreich vom 27. Dezember 2023, GZ: LVwG-652962/9/SE, wurde der Beschwerde von G K, vertreten durch Rechtsanwältin Mag. M K, Straße, Stadt, stattgegeben und die Lenkberechtigung bis 12. Dezember 2028 befristet erteilt. Zusätzlich wurde unter Spruchpunkt I.2. die jährliche Vorlage eines fachärztlich-psychiatrischen Befundberichtes mit einem aktuellen Medikamentenspiegel beginnend mit 12. Dezember 2028 festgelegt.

Das amtsärztliche Gutachten kommt u.a. zum Ergebnis, dass der größtmögliche Befristungszeitraum von fünf Jahren unter Vorlage eines fachärztlichen Befundberichtes, inklusive aktuellem Medikamentenspielgen einmal jährlich, aus amtsärztlicher Sicht herangezogen werden kann.

II. In rechtlicher Hinsicht ist Folgendes auszuführen:

Gemäß dem auch im Verfahren vor den Verwaltungsgerichten anzuwendenden § 62 Abs. 4 AVG kann die Behörde jederzeit von Amts wegen Schreib- und Rechenfehler oder diesen gleichzuhaltende, offenbar auf einem Versehen oder offenbar ausschließlich auf technisch mangelhaften Betrieb einer automationsunterstützten Datenverarbeitungsanlage beruhende Unrichtigkeiten in Bescheiden berichtigen. Die Berichtigung ist auf jene Fälle ihrer Fehlerhaftigkeit eingeschränkt, in denen die Unrichtigkeit eine offenkundige ist, d.h., dass die Unrichtigkeit des Bescheides von der Behörde - bei entsprechender Aufmerksamkeit - bei Erlassung hätte vermieden werden können (VwSlg 13.233A/1990; VwGH 27.02.2004, 2003/02/0144). Ein Versehen ist dann klar erkennbar, wenn zu dessen Erkennung kein längeres Nachdenken und keine Nachschau in Gesetzeswerken notwendig ist, wobei vom Maßstab eines mit der zu behandelnden Materie vertrauten Durchschnittsbetrachters auszugehen ist (VwGH 13.09.1991, 90/18/0248).

Im vorliegenden Fall wurde im Spruchteil I.2. des Erkenntnisses des Landesverwaltungsgerichts Oberösterreich vom 27. Dezember 2023, GZ: LVwG-652962/9/SE, aufgrund eines Versehens als Frist der 12. Dezember 2028 angeführt, weshalb die gegenständliche Berichtigung erforderlich ist.

Aus dem amtsärztlichen Gutachten vom 12. Dezember 2023 ergibt sich eindeutig, dass die Lenkberechtigung bis zum 12. Dezember 2028 unter Vorlage von jährlichen fachärztlichen Befundberichten, inklusive aktuellem Medikamentenspiegel, zu befristen ist. Die jährliche Vorlage der fachärztlichen Befundberichte hat demgemäß natürlich mit 12. Dezember 2024 zu beginnen.

Diese Unrichtigkeit durch das Vertippen bei der Anführung der gegenständlichen Frist ist offenkundig und war zu korrigieren.

III. Unzulässigkeit der ordentlichen Revision:

Die ordentliche Revision ist unzulässig, da keine Rechtsfrage im Sinne des Art. 133 Abs. 4 B-VG zu beurteilen war, der grundsätzliche Bedeutung zukommt. Weder weicht die gegenständliche Entscheidung von der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes ab, noch fehlt es an einer einheitlichen Rechtsprechung. Weiters ist die dazu vorliegende Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes auch nicht als uneinheitlich zu beurteilen. Ebenfalls liegen keine sonstigen Hinweise auf eine grundsätzliche Bedeutung der zu lösenden Rechtsfrage vor.

R e c h t s m i t t e l b e l e h r u n g

Gegen diese Entscheidung besteht innerhalb von sechs Wochen ab dem Tag der Zustellung die Möglichkeit der Erhebung einer Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof und/oder einer außerordentlichen Revision beim Verwaltungsgerichtshof. Eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof ist unmittelbar bei diesem einzubringen, eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof beim Landesverwaltungsgericht Oberösterreich. Die Abfassung und die Einbringung einer Beschwerde bzw. einer Revision müssen durch einen bevollmächtigten Rechtsanwalt bzw. eine bevollmächtigte Rechtsanwältin erfolgen. Für die Beschwerde bzw. Revision ist eine Eingabengebühr von je 240 Euro zu entrichten. Sie haben die Möglichkeit, auf die Revision beim Verwaltungsgerichtshof und die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof zu verzichten. Ein solcher Verzicht hat zur Folge, dass eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof und eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof nicht mehr erhoben werden kann. Ein Verzicht ist schriftlich bekanntzugeben oder zu Protokoll zu erklären. Wurde der Verzicht nicht von einem berufsmäßigen Parteienvertreter oder im Beisein eines solchen abgegeben, so kann er binnen drei Tagen schriftlich oder zur Niederschrift widerrufen werden.

H i n w e i s

Verfahrenshilfe ist einer Partei zur Gänze oder zum Teil zu bewilligen, wenn die Partei außerstande ist, die Kosten der Führung des Verfahrens ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts zu bestreiten und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint.

Einer juristischen Person oder einem sonstigen parteifähigen Gebilde ist die Verfahrenshilfe zu bewilligen, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder von ihr/ihm noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können, und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint; das Gleiche gilt für ein behördlich bestelltes Organ oder einen gesetzlichen Vertreter, die für eine Vermögensmasse auftreten, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder aus der Vermögensmasse noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können.

Für das Beschwerdeverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verfassungsgerichtshof einzubringen.

Für das Revisionsverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verwaltungsgerichtshof einzubringen. Im Antrag ist, soweit zumutbar, kurz zu begründen, warum die Revision entgegen dem Ausspruch des Verwaltungsgerichtes für zulässig erachtet wird.

Landesverwaltungsgericht Oberösterreich

Mag. Ellmer